

## Bundesarbeitsgerichts-Urteil

### **Streit um die Anpassung von Betriebsrenten**

Von Wolfgang A. Leidigkeit (mig-Notizen)

**Auch bei konzernabhängigen Tochterunternehmen ist für die Anpassung von Betriebsrenten ausschließlich deren wirtschaftliche Lage maßgeblich. Das gilt allerdings nur dann, wenn anhand konkreter Anhaltspunkte absehbar ist, dass mögliche wirtschaftliche Schwierigkeiten des Mutterkonzerns nicht innerhalb der nächsten drei Jahre auf das Tochterunternehmen durchschlagen werden. So entschied das Bundesarbeitsgericht am 10. Februar 2009 (Az.: 3 AZR 727/07).**

Der Kläger hatte von seinem ehemaligen Arbeitgeber die Anpassung seiner Betriebsrente in Höhe der Teuerungsrate verlangt. Unter Hinweis darauf, dass es dem Konzern wirtschaftlich schlecht gehen würde, wurde seine Bitte um Rentenanpassung abgelehnt. Da es dem Tochterunternehmen, für welches der Mann ehemals tätig war, wirtschaftlich gut ging, wollte er dieser Argumentation nicht folgen und zog vor Gericht um eine Rentenanpassung zu erstreiten. Dort errang er einen vorläufigen Erfolg.

Nach Ansicht des Gerichts war es unbestritten, dass sich sowohl die Konzern-Obergesellschaft als auch der Gesamtkonzern in einer kritischen wirtschaftlichen Lage befanden und sanierungsbedürftig waren. Noch während der gerichtlichen Auseinandersetzung mussten die Unternehmen Insolvenz anmelden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Tochterunternehmens ließen jedoch zumindest zum Anpassungsstichtag eine Anpassung der Betriebsrente des Klägers zu. Seiner Forderung war daher grundsätzlich nachzukommen.

Denn bei der Anpassung von Betriebsrenten kommt es nach Meinung des Bundesarbeitsgerichts grundsätzlich auf die wirtschaftliche Lage des Arbeitgebers an, der die betriebliche Altersversorgung schuldet. Das aber war das Tochterunternehmen. Nach Auffassung der Richter ist allerdings eine Gesamtbetrachtung anzustellen. Liegen nämlich am Anpassungsstichtag ausreichend konkrete Anhaltspunkte dafür vor, dass innerhalb der nächsten drei Jahre im Gesamtkonzern bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten auf ein Tochterunternehmen durchschlagen werden, so darf die Anpassung einer Betriebsrente verweigert werden.

Da hierzu in der Vorinstanz keine ausreichenden Feststellungen getroffen wurden, wurde die Sache zur abschließenden Klärung an das Landesarbeitsgericht zurückverwiesen. Dazu heißt es in der Entscheidung wörtlich: „Es ist aufzuklären, welche Entwicklungen sich bereits am Anpassungsstichtag konkret abzeichneten und ob zu diesem Zeitpunkt mit hoher Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen war, dass sich die wirtschaftliche Lage des beklagten Tochterunternehmens wegen der finanziellen, organisatorischen, technischen oder sonstigen Verflechtungen im Konzern nachhaltig verschlechtern werde und die Beklagte durch die geforderte Anpassung übermäßig belastet wurde.“